

Medienmitteilung

Abstimmungsvorlagen vom 26. November 2006: FDP Adliswil für Kohäsionsmilliarde, gegen Familienzulagengesetz und gegen Verbot einer zweiten Fremdsprache an der Primarschule

Adliswil, 6. Oktober 2006

Die FDP Adliswil sagt JA zum Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas. Dieses ermöglicht, dass die Schweiz die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten beim Übergang zu Demokratie und sozialer Marktwirtschaft weiterhin unterstützen kann. Für unser Land ist dies eine sinnvolle Investition, da wir durch die Erschliessung neuer Märkte, dank der Förderung von politischer Stabilität und aufgrund verminderter Migration nachhaltig profitieren können.

Die FDP Adliswil sagt hingegen NEIN zum Bundesgesetz über die Familienzulagen und lehnt somit eine eidgenössische Mindesthöhe für Kinder- und Ausbildungszulagen ab. Sie wehrt sich gegen das undifferenzierte Verteilen von Geldern nach dem Giesskannenprinzip. Die jährlichen Mehrkosten von rund 600 Millionen Franken müssten von der öffentlichen Hand und der Wirtschaft getragen werden. Steuer- und Abgaberhöhungen wären die Folge.

Die FDP Adliswil sagt ebenfalls NEIN zur Volksinitiative „Nur eine Fremdsprache an der Primarschule“, welche die zweite Fremdsprache an der Primarschule verbieten will. Damit würde die Fremdsprachenkompetenz unserer jungen Generation eingeschränkt, was einem Lernverbot gleichkommt und die späteren Berufschancen reduziert.

Die Parolenfassung erfolgte im Rahmen der Mitgliederversammlung vom vergangenen Dienstag.

Für weitere Fragen:

Peter Barmettler, Gemeinderat: peter.barmettler@fdp-adliswil.ch, 079 648 01 80